

Diese Zeitung erscheint jede Woche: Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6452.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepfl. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 25515 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey

Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 8 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisfr. 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 8002.

### Der AdSB.

#### gegen die Praxis der staatlichen Schlichter und des Reichsarbeitsministeriums.

Der Bundesausschuss der ADWB hat in seiner Sitzung vom 15. Februar folgende Entschließung angenommen:

Der Bundesausschuss des ADWB erhebt einmütig Protest gegen die zahlreichen Schiedsprüche, die auch in der letzten Zeit noch den Arbeitern die Leistung von weitgehender Überzeitarbeit über den Achtstundentag hinaus auferlegt haben. Es ist eine offene Brückierung der Gewerkschaften und der gesamten organisierten Arbeiterschaft und eine Verhöhnung der Arbeitslosen, wenn solche Schiedsprüche oben drein noch vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt werden. Der Bundesausschuss hält es für seine Pflicht, vor den Folgen öffentlich zu warnen, die in absehbarer Zeit dazu führen müssen, das öffentliche Schlichtungswesen vollkommen zu erschüttern.

Das Lebensinteresse der Arbeiterschaft und die immer steigende Auflage der Millionen Arbeitsloser erfordern es, jeder Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden föhlich mit allen Kräften entgegenzutreten. Der Bundesausschuss erklärt es deshalb erneut als Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Überzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß unbedingt zu verweigern.

Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern in Leipzig spricht der Bundesausschuss seine volle Sympathie aus und behält sich bei größerer Ausdehnung des Kampfes weitere Beschlüßfassung vor.

### Reichstagsrede des Kollegen Brey zur Arbeitslosenversicherung.

Am 7. Februar hat der Reichstag in erster Lesung über den Gesetzentwurf der Regierung zur Arbeitslosenversicherung verhandelt. Die Regierung hat die Absicht, das Gesetz bereits am 1. April dieses Jahres in Kraft treten zu lassen. Die Absicht ist löblich. Was dazu im Interesse der Arbeiterschaft zu sagen ist, hat unser Verbandsvorsitzender, der Kollege Brey, als Redner der sozialdemokratischen Fraktion gesagt. Wir zitieren das Wesentlichste seiner Rede aus dem Stenogramm:

Brey, Abgeordneter: Wenn mir mein Gedächtnis keinen Streich spielt, dann ist dies der vierte Versuch, die Arbeitslosenversicherung heraufzujagen für den Reichstag zu machen. Darunter waren drei Vorläufer, und der vierte ist kein voller Zerstörer. (Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das kommt noch.)

Die Arbeitslosigkeit hat im ganzen abgelaufenen Jahre sich auf einer furchtbaren Höhe gehalten. Die niedrigste Ziffer war im Monat November mit 1.353.411 unterstehenden Erwerbslosen. Im Dezember war die Ziffer bereits auf 1.439.368 angewachsen. Im Januar stieg sie auf 1.745.000. Der 15. Januar brachte die Nachricht, daß 1.834.000 Erwerbslose vorhanden sind, und mit Beginn des Februar werden wir leider wieder 2 Millionen Erwerbslose erreicht haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Ziffern sind Zeichen des wirtschaftlichen Verfalles mit all den Gefahren, die wirtschaftliche Wurzellosigkeit den Arbeitern und ihren Familien bringt.

Nach dem vorliegenden Gesetz wird nicht vor Not, Verzweiflung und Tod geschützt.

Die fogenannten Wirtschaftsführer lassen sich nicht ungünstig über die weitere Entwicklung der Wirtschaft aus, und in der Tat ist den Großen in der Wirtschaft auch der Boden des Gedechens durch Steuerermäßigungen, Staatskredite und Verbilligung des Kredits gebreitet worden. Die Reichskreditgesellschaft bringt in ihrer Schrift Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1926/27 die überraschende Nachricht, daß der Produktionsüberschuß im Wirtschaftsjahr 1926 in Höhe von 6,3 Milliarden zur Bildung von Eigenkapital habe verwendet werden können. Die „Frankfurter Zeitung“ spricht sogar von 7,5 Milliarden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Zweifel: der Kapitalismus gedeiht. Aber neben diesem Gedeihen des Kapitalismus läuft die Verelendung des kämpfenden und arbeitenden Volkes. Eine industrielle Reservearmee drückt die Löhne und verlängert die Arbeitszeit. Weil es dem Kapitalismus gut geht, geht es dem verarmten Volke schlecht. Die Wirtschaftsentwicklung mit ihrer Rationalisierung, Mechanisierung und die Zunahme der industriellen Reservearmee haben auf dem Arbeitsmarkt Fragen gestellt, die den Ruf nach feineren Maßnahmen erlösen lassen müssen.

Der erste Ruf lautet: Mehr Arbeitsbeschaffung! Ich glaube, Herr Arbeitsminister, es wäre möglich gewesen, in dem abgelaufenen Jahr der Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms näher zu kommen, als es der Fall gewesen ist. Der zweite Ruf ist: Anschließliche Unterstützung bei der Arbeitslosenversicherung! Der dritte: Verkürzung der Arbeitszeit! Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und der vierte: Eingriff in das Wirtschaftssystem mit dem Ziel: a) den Ertrag der Arbeit in gerechterer Weise zu verteilen, als das heute der Fall, b) den Zweck der Wirtschaft nicht in Werbung der Profitinteressen einiger weniger Bevorzugter erfüllt zu sehen.

Der Herr Arbeitsminister hat das Genter System abgelehnt. Herr Kollege Lambach will, daß die Angestellten und Arbeiter eines „Wirtschafts“ — das ist die eigenen Worte des Herrn Lambach — von Selbständigen aus Industrie, Handel, Handwerk

und Landwirtschaft auf die Wahrung ihrer Klasseninteressen verzichten.

Mit dem Genter System wird die Wahrung der Interessen der Angestellten und Arbeiter nicht erreicht. Heute hat die Arbeitslosigkeit zu einer Unfähigkeit der Erfindung geführt, für alle Betriebe gleich groß. Jedem Arbeiter und jedem Angestellten droht Umstellung, Umlernen. In einer solchen Zeit eine Unterstützung beruflich auszubauen ist ein Unterfangen, das zum Zusammenbruch führen muß. Einen dahinjehenden Versuch werden wir unter keinen Umständen mitmachen, sondern den schärfsten Widerstand leisten. Wir halten dieses System für Deutschland nicht geeignet. Bei einer kraft zusammengefaßten einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation der Angestellten und Arbeiter könnte man darüber reden, nicht aber bei der organisatorischen Punktlichkeit, die wir in Deutschland haben. Kriegszeit und Nachkriegszeit haben gezeigt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht gleichmäßig den Ansprüchen der Erwerbslosenunterstützung gewachsen waren. Bei Ausbruch des Krieges konnte monatelang keine einzige der vorhandenen Organisationen die Anforderungen der Erwerbslosen erfüllen. Dann kamen wiederholt Zeiläufe, in denen nur wenige Verbände imstande waren, ihren Verpflichtungen gegen die Arbeitslosen gerecht zu werden. Noch im Verlauf des letzten Jahres haben gewerkschaftliche Organisationen die Erwerbslosenunterstützungsfälle ermäßigend oder ganz einstellen müssen. Die Wirtschaftsvorgänge, die zu diesem Vorgehen zwangen, haben wir auch heute noch zu verzeichnen. Ich bin nicht Optimist genug, anzunehmen,

### Zeit

ist Geld, sagen die Unternehmer, und so fordern sie von der Arbeiterschaft die 12stündige Arbeitszeit, und das Reichsarbeitsministerium verhilft ihnen dazu. „Zeit ist Geld.“ Die Zeit, d. h. die lange Arbeitszeit, ist allerdings nur für die Arbeiterschaft, aber das hieraus werdende viele Geld

### ist

für die Unternehmer, für die Aktionäre, für die Produktionsmittelbesitzer. Arbeiten und dienen ist zunächst das was die deutsche Arbeiterschaft braucht, so sagte am 14. Februar der deutschnationale Verkehrsminister Koch. Also Arbeiterschaft, schufte überstanden; die lebenslänglichen Spaziergänger brauchen

### Geld.

das wir sie sehr bald überwunden haben werden. Dagegen hat sich aber in all den Zeiläufen das Versicherungswesen, das aufgebaut war auf staatlichen Einrichtungen, bestimmten zwangsläufig Maßnahmen in der Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, halten können, wenn auch unter großen Schwierigkeiten. Aus allen diesen Gründen lehnen wir das Genter System ab. Bei der Wahl zwischen Fürsorge und Arbeitslosenversicherung muß entscheidend sein, daß wir in der Arbeitslosenversicherung den Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung geben. Bei der Fürsorge sind wir aus den Schwierigkeiten mit der Prüfung der Bedürftigkeit und anderen Schwierigkeiten trotz der Verbesserungsversuche und der fast zwanzigmaligen Änderung nicht herausgekommen. Hinter diesem Gesichtspunkt, den Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf angemessene Unterstützung zu gewährleisten, müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden, die gerade in der jetzigen Zeit der Aufbau einer Arbeitslosenunterstützung mit sich bringt.

Wer soll Träger der Arbeitslosenversicherung sein? Aus den Worten des Herrn Arbeitsministers glaube ich herausgehört zu haben, daß auch er der Meinung ist: Die jetzige Arbeitsvermittlung stellt nicht so ganz in den Rahmen des kommenden Gesetzes. Jedenfalls stehen meine Freunde auf dem Standpunkt, daß Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung in die engste Verbindung gebracht werden müssen, und soweit bei den Arbeitsnachweiser das heute durch gesetzliche Bestimmungen verhindert wird, müssen diese Bestimmungen geändert werden. Die Einrichtungen, die die Ware Arbeitskraft vermitteln, müssen in ihrer Leistung dem Einfluß der Arbeiter mehr unterstellt sein, als das heute der Fall ist.

Wir haben im Deutschen Reich 900 öffentliche Arbeitsnachweise. Dem Arbeitsnachweisamt liegt im einzelnen die örtliche Durchführung der Erwerbslosenunterstützung ob. Die Kosten der Arbeitsnachweise werden zu zwei Dritteln aus den Beiträgen der Arbeiter bezahlt. Das letzte Drittel stammt aus dem Arbeitsvertrag, ist also auch eine Leistung der Arbeiter. Aber entscheidende Mitbestimmung haben die Arbeiter auch nach dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht. Den entscheidenden Einfluß haben nicht die Landesarbeitslostenkassen, sondern die kommunale Dienstvermittlungsbehörde.

Nach Artikel 161 der Verfassung soll die Durchführung solcher Gesetze unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten stehen. Das Gesetz soll weiter Leistungen erfüllen, die hervorgerufen sind durch die Umstände und ändern, die das Ergebnis der Wirtschaft sind. Die Vorleistungen, also die Beiträge, sind von den Arbeitern zu tragen. Auch die Beiträge der Arbeitgeber und die Beiträge, die aus öffentlichen Mitteln fließen, sind volkswirtschaftlich betrachtet Mittel aus dem Ertrag der Arbeit. Da kann man sehr in Zweifel sein, ob die Formulierung nach Artikel 161 der Verfassung den Arbeitern gerecht wird. Sie geht nicht weit genug. Aber selbst diesen feststehenden Ansprüchen auf Mitwirkung genügt der Entwurf nicht. Die Landesarbeitslostenkassen in den Bezirken der Landesämter für Arbeitsvermittlung sollen die Träger der Arbeitslosenversicherung bilden. Das sind keine Organe der Selbstverwaltung, sondern im wesentlichen Organe der Staats- und Provinzial-Landeskassen. Also der Artikel 161 der Verfassung ist hierbei nicht gewahrt.

Bei der engen Verbindung zwischen Arbeitslostenkassen und Landesämtern wird die faktische Staatsverwaltung auch nicht durch

den parteilichen Ausschuss und Vorstand der Landesarbeitslostenkassen in eine Selbstverwaltung umgewandelt; denn der Vorsitzende gibt in allen Fragen, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter nicht einig sind, sondern sich geschlossen gegenüberstehen, den Ausschlag. Der Herr Vorsitzende selbst wird aber auch nicht durch das Vertrauen der Versicherten gewählt, sondern von der obersten Landesbehörde bestellt. Kraft seines Amtes vereint dieser Vorsitzende Ausschuss, Vorstand und Landesamt in seiner eigenen Person. Nach dem Entwurf können die obersten Landesbehörden oder von diesen bezeichneter Stellen Aufträge zu den Arbeitslostenkassen erteilen. Diese Beauftragten nehmen an den Sitzungen der Organe und Spruchkammern teil, haben sogar die Befugnis, die Entscheidungen dieser Kammern und Organe durch Beschwerde hinauszuschleppen. So macht der Entwurf aus der maßgebenden Mitwirkung der Versicherten, wie es der Wille der Verfassung ist, eine Allmacht der staatlichen Bureaukratie. So wahr man die Mitwirkung der Versicherten nicht bei einem Gesetz, das sie gegen die wechselvollen Schicksalsschläge der Wirtschaft schützen soll.

Der durch den Entwurf gezogene Personenkreis ist uns nicht weit genug gezogen. Da werden wir fordern müssen, daß die Lehrlinge vom ersten Tage des Lehrverhältnisses an versicherungspflichtig sind. Wir wollen die Gefahr nicht noch vergrößern, die ohnedies schon in einer übermäßigen Lehrlingszahl besteht, und wollen nicht den Arbeitern die Lasten des Wagnisses auferlegen, die darin liegen, daß allemal nach sechsmonatiger Beitragspflicht der Versicherung eintritt. Ich meine, bei einem so großen Risiko der Versicherung müssen schon diejenigen, die aus dem Arbeitsvertrag der Lehrlinge Nutzen und Gewinn ziehen, zu den Risiken mit beitragen, und das muß eben durch Beitragspflicht geschehen.

Wir sind auch nicht mit der Regelung einverstanden, die der Entwurf für die Landarbeiter vorsieht. Ein erheblicher Teil der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft soll in die Versicherung nicht einbezogen werden, nämlich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf Grund eines Jahresvertrages oder auf unbestimmte Zeit vertraglich verpflichtet sind mit mindestens wertschöpfender Klüftung, ebenso Kleingarten Arbeiter und Arbeiterinnen, die in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind.

In der Begründung wird gesagt, daß das Arbeitsverhältnis solcher Arbeiter weitgehend gesichert sei. Das bestreiten wir. Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Wohnungsfrage liegen für die Landarbeiter fast genau so ungünstig wie für die Industriearbeiter.

Wir sind auch dagegen, daß die Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter eine besondere Regelung erfährt. Wir wollen, daß Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte in Land- und Forstwirtschaft in den Rahmen dieses Gesetzes hineinkommen. Es trifft auch nicht zu, daß eine große Zahl von Arbeitern das will. Es ist lediglich ein kleiner Kreis von Arbeitern, die sich für eine solche Sonderversicherung ausgesprochen haben. Den einen Teil davon, nämlich die Arbeiter im christlichen Gewerkschaftsbereich, können wir hoffentlich noch davon überzeugen, daß das abwegig sein würde. Der andere Teil sind die Gelben, auf deren Urteil bei so wichtigen Dingen ja überhaupt nichts zu geben ist, die sich als Sprachrohr der Arbeiter nicht bezeichnen können.

Nach § 7 der Satzung ist für die Satzung die Genehmigung durch das Reichsamt für Arbeitsvermittlung vorgeschrieben, das nach § 29 Absatz 1 die Aufsicht über die Landesarbeitslostenkassen führt. Warum diese Bevormundung der Versicherten, die sich wie ein roter Faden durch den ganzen Entwurf hindurchzieht? Nach § 19 soll der Vorsitzende des Landarbeitsamts für Arbeitsvermittlung regelmäßig Beamter eines Landes- oder Gemeindeverbandes sein. Der Landesregierung soll weiter die Befugnis eingeräumt werden, den Vorsitzenden und weiteren Beamten die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten einzuräumen. Entscheidend ist auch hier wieder das Bestehen, nach Möglichkeit die Mitwirkung der Versicherten bei Anstellung der Personen auszuüben, die doch von den Versicherten auf Fähigkeit und Vertrauenswürdigkeit geprüft werden sollen.

Ich komme zu der Unterstützungsleistung. Sie muß nicht nur rechtlich gewährleistet sein, sondern auch eine Höhe haben, die den Anforderungen an die Kosten der Lebenshaltung einigermaßen entspricht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Redakteur der Zeitung „Deutsche Postgewerkschaft“ hat eine Berechnung aufgestellt, wieviel Geld dazu gehörte, um die Kosten des Nahrungsaufwandes eines städtischen Haushalts zu bezahlen. Er kam zu dem Ergebnis, daß 35 Mark und 10 Pfennig dazu gehören, um den Nahrungsmittelbedarf für eine Woche zu bestreiten. Aber wie bleiben nun die Sätze des Entwurfs hinter der Summe zurück? Im § 68 des Entwurfs sind die die Unterstützung für sieben Lohnklassen berechnet worden soll.

Die Hauptunterstützung beträgt in den Lohnklassen

I und II	45
III, IV und V	40
VI und VII	35

vom Hundert des Lohnes.

Es ergeben sich bei einem Lohn von 12 Mark 5,40 Mark Unterstützung, bei einem Lohn von 15 Mark, mit 45 Prozent genommen, eine Unterstützungsquote von 6,75 Mark, bei einem Lohn von 21 Mark bei 40 Prozent eine Unterstützung von 8,40 Mark, bei 27 Mark und 40 Hundertteilen 10,80 Mark, bei 33 Mark Lohn und 40 Hundertteilen 13,20 Mark, bei 39 Mark Lohn und 35 Hundertteilen 13,65 Mark und bei 42 Mark Lohn und 35 Hundertteilen 14,70 Mark. Ich frage: Wie soll der junge Mann, wie das junge Mädchen imstande sein, mit einer so geringen Unterstützung den Lebensunterhalt zu bestreiten? Wenn die Sätze so bleiben, wird man die jungen Leute nicht vor Verelendung schützen und sie nicht davor schützen, auf die Bahn des Verbrechens und des Lasters getrieben zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie stehts aus mit den Zuschlägen für die Familie? Bei einem Einbettelohn von 12 Mark und 60 Hundertteilen beträgt die Unterstützung mit Zuschlägen für zwei Kinder 8,40 Mark, (hört, hört! bei den Sozialdemokraten), bei einem Lohn von 15 Mark und 75 Pfennig Zuschlag beträgt die Unterstützung 10,50 Mark, bei einem Lohn von 21 Mark und 1,05 Zuschlag eine Höchstunterstützung von 13,65 Mark, bei einem Lohn von 27 Mark und 1,35 Mark Zuschlag ein Höchstbetrag von 17,55 Mark, bei einem Einbettelohn von 33 Mark und 1,65 Mark Zuschlag 21,55 Mark Unterstützung und bei einem Einbettelohn von 39 Mark und 1,95 Mark Zuschlag 23,40 Mark. Aber 39 Mark und 2,10 Mark Zuschlag 25,20 Mark Unterstützung.

Es ist gar nicht vorstellbar, daß diese unzulänglichen Unterstützungsätze in das Gesetz hineinkommen können, ohne daß sie

eine geübte Aufstockung erfahren haben. Gegen Herabsetzung der Unterhaltungsätze haben wir uns in den hinter uns liegenden Verhandlungen immer gewehrt.

Ich habe nun ein Wort über die Krisenfürsorge zu sagen. In dieser werden Vorbehalte gemacht, die allerdings vom Herrn Arbeitsminister wesentlich eingeschränkt worden sind.

Die Gewerkschaften zur Kartell- und Monopolfrage.

Die Spitzenorganisationen der Arbeiter- und Angestelltenverbände haben an den Reichstag und an den Reichswirtschaftsrat folgende Eingabe gerichtet:

Bei den argentinischen Peonen.

Die politischen Verhältnisse Argentiniens haben zweifellos Korruption fast in alle Kreise der Bevölkerung gezogen. Auch jene Nobilität, die auf ihr argentinisch noch rein spanisches Blut so stolz sind, ungeheure Reichtümer ihr eigen nennen und bei hoch entwickelter

Ein Generaldirektor für Lohnerbhörungen.

Nur Lohnerbhörung kann uns retten! Fürwahr eine Parole, die jedem Arbeitenden willkommen sein wird. In zwei Aufsätzen, die Ende Januar im Handelsblatt des

treter der Arbeitnehmerchaft in die Geschäftsführung aufgenommen werden. Diesen Vertretern sollen die gleichen Rechte

Die Hauptaufgaben des Kontrollamtes sind: 1. Die Führung eines öffentlichen Registers, in das alle Satzungen und Beschlüsse von Unternehmungsorganisationen sowie sonstige Vereinbarungen dieser Art zur Marktbeeinflussung einzu-

Das bisherige Einspruchsrecht des Reichswirtschaftsministers soll auf das Kontrollamt übergehen. 3. Die Anordnung der Aufhebung oder Abänderung von Beschlüssen und Vereinbarungen, wenn auf Grund einer Unter-

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipzig. Allgemeiner freier Angestelltenbund: Aufhäuser, Urban. Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Dr. Wälter. Deutscher Gewerkschaftsbund: Fernh. Ofte. Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände (H.-D.): F. Reussfeldt.

Auch ehrlich ist der Peon; niemals wird er stehen oder anvertrautes Geld unterschlagen. Dagegen hält er es für kein Recht, kleine Sachen, die anscheinend ungenutzt umherliegen, an sich zu nehmen, wenn ihm der Sinn danach steht.

Das Familienleben der eingeborenen ländlichen Arbeiterbevölkerung weist Eigenartigkeiten auf, die mit der Entfernung von den dichter besiedelten Gegenden zunehmen.

Man hat ihn uns geküsst. Noch eine andere merkwürdige Charaktereigenschaft mag hier erwähnt sein: Die Komplexität begraben auch im Choko ihre Luten zumeist auf den Friedhöfen der kleinen Landstädte.

Man hat ihn uns geküsst. Noch eine andere merkwürdige Charaktereigenschaft mag hier erwähnt sein: Die Komplexität begraben auch im Choko ihre Luten zumeist auf den Friedhöfen der kleinen Landstädte.

Man hat ihn uns geküsst. Noch eine andere merkwürdige Charaktereigenschaft mag hier erwähnt sein: Die Komplexität begraben auch im Choko ihre Luten zumeist auf den Friedhöfen der kleinen Landstädte.

Ausnutzung der Betriebsrichtungen und Produktionsanlagen führen, und somit eine Senkung der Preise ermöglichen würden.

Generaldirektor Stähler prüft aber auch ernsthaft die geldtechnischen Seiten seines Vorschlages. Er kommt zu dem Schluss, daß die flüssigen Mittel zur Ermöglichung allgemeiner Lohnerhöhungen durchaus vorhanden sind, er hat allerdings noch einige Wünsche in bezug auf Vermehrung der Anlagemöglichkeit vorhandener Gelder, Vermehrung der Zahl lombardfähiger Papiere, um einer Abwanderung von Geld zu kurzfristigen Anlagen ins Ausland zu steuern, wünscht, daß die Banken ihre Ansprüche an Sicherstellung, die aus den Inflationswirren überkommen sind, einschränken usw. Er fordert von der Reichsbank, auf diesem Gebiete starkes Eingreifen, Einschränkung der Kreditpolitik anderer Reichsanstalten, und wünscht der Reichsbank auf diesem ihr ureigenen Gebiete der Befähigung die Führung zu überlassen.

Generaldirektor Stähler setzt sich weiter für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms ein, wünscht aber in erster Linie volkswirtschaftlich wichtige Arbeitsgelegenheiten.

Er laßt zum Schluß dazu ein, mit ihm gemeinsam darüber nachzudenken, ob und unter welchen Voraussetzungen eine allgemeine Lohn- und Gehaltssteigerung dazu beitragen könnte, den Umsatz zu steigern, die feste Grundlage eines wesentlich vergrößerten Inlandsabzuges zu schaffen, und steht als Folgen der Durchführung seines Vorschlages eine starke Belebung des Baumarktes, eine Befähigung der großen Arbeitslosigkeit, eine Verringerung der sozialen Lasten und trotz Steuerermäßigung wesentlich höhere Steuereingänge voraus.

Wir begrüßen es, daß sich ein deutscher Wirtschaftsführer findet, der die in Amerika längst praktisch erprobte, in Deutschland aber immer noch jaghaft umgangene Frage ernsthaft prüft, wie weit von der Einkommenseite her durch Lohnerhöhungen eine Steigerung des Inlandsabzuges und damit eine Überwindung der Krise in die Wege geleitet werden kann.

J. F.

### Aufgaben und Bedeutung der Konjunkturanstalten.

Im Heft 1 der "Arbeit", Jahrgang 1927, ist ein von Dr. Hans Langelsche verfaßter Artikel über die Konjunkturanstalten erschienen, der wert ist, von unseren Mitgliedern gelesen zu werden. Wir geben nachfolgend das Wesentlichste aus dem Artikel wieder:

In dem Begriff der Konjunktur, den die Geschäftswelt für die jeweilige Gunst oder Ungunst des allgemeinen Wirtschaftslagens sich zu eigen machte, schwingt ein Gefühlsmäßigem Ausgelleistenseins an kosmische Gesetzmäßigkeiten mit. Man fühlt sich der Konjunktur schicksalsgemäß unterworfen, wie man nach astrologischer Auffassung nun einmal einer günstigen oder ungünstigen Konstellation untersteht.

Wie mancher fatalistischen Auffassungswiese solcher Art durch die fortschreitende Wissenschaft der Boden entzogen wurde, so ist auch die Wirtschaftswissenschaft im Begriff, diesen noch etwa mitschwingenden fatalistischen Unterton zum Verschwinden zu bringen und den Weg zu eröffnen zur allmählichen Beherrschung eines bisher störenden irrationalen Faktors der Wirtschaftsentwicklung.

Da die Konjunktur mit ihrem Auf und Ab ein Doppeltgesicht hat, ist die Auffassung der Konjunktur als ein Uebelstand nicht unbestritten. Wir stehen jedoch nicht an, eine Erscheinung, die in periodischen Folgen Hunderttausende regelmäßig der Arbeitslosigkeit preisgibt, als solche zu bezeichnen. Einem Uebel vermag man auf zweierlei Weise zu begegnen: Man paßt es sich an, d. h. man schaltet es aus, oder man paßt sich ihm an, d. h. man stellt sich bestmöglich auf dasselbe ein.

Dieser Doppelweg ist auch der Konjunktur gegenüber möglich. Beide Möglichkeiten schließen sich jedoch, wie später zu zeigen sein wird, keineswegs aus, sondern sind zwangsmäßig miteinander verknüpft. Der Weg der Ausschaltung setzt jedoch voraus, daß man vorerst einmal die bewirkenden Ursachen des Konjunkturzyklus erkennt. Hierüber herrscht in der Wirtschaftstheorie noch keineswegs völlige Klarheit und Übereinstimmung, und nach wie vor wird darüber gestritten, ob der letzte Grund im Entzuefall, in der Kapitalanlage, in einer Änderung der Verbrauchsgestaltung, in unregelmäßiger Konjunkturkraft oder in Überinvestitionen innerhalb der Produktivgütererzeugung u. a. m. liegt. Aber selbst wenn über den Ursachenkomplex der wirtschaftlichen Ebbe- und Flutbewegung allgemeine Übereinstimmung herrschte, so wäre der Ausschaltungsweg nur dann gangbar, wenn die ursächlichen Faktoren auch der menschlichen Eingriffsmöglichkeit unterliegen. Wieweit heute ein solches bewußtes Eingreifen in den Gang der Wirtschaft mit dem Ziele der Herbeiführung einer konjunkturlosen Wirtschaft bereits gegeben ist, soll an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden.

Aber selbst wenn die aktive Einflussnahme auf die ursächlichen Faktoren nicht oder noch nicht gegeben wäre, so blieben wir dennoch nicht den Konjunkturgewalten schonungslos preisgegeben, da uns der zweite Weg der Anpassung noch offensteht. Auch auf eine Reihe von Naturgewalten vermögen wir direkt keinen Einfluss zu gewinnen, und doch vermögen wir uns auf das notwendig Kommende durch Beobachtung der dem Naturereignis voraussetzenden Anzeichen zweckentsprechend einzustellen. Es sei hier nur an das Wetter erinnert, auf dessen Gestaltung wir zwar keinen Einfluss haben, auf dessen Kommen wir uns aber dank einer Wetterprognose entsprechend einzustellen in der Lage sind. Treibt man die Analogie nicht zu weit, so kann man vielleicht von der Konjunktur als dem "Wirtschaftswetter" sprechen. Hier wie dort denken sich für den aufmerksamen Beobachter an gewissen Symptomen frühzeitig kommende Veränderungen der Gesamtlage an, soweit sie nicht als Blitz aus heilerem Himmel durch ihrer Art nach außenwirtschaftliche Faktoren, wie Naturkatastrophen, Krieg, politische Einflüsse, ausgelöst

werden. Würde es also gelingen, einen dem Wetterdienst ähnlichen Wirtschaftswetterdienst einzurichten, so könnte fraglos der Staatsmann und Wirtschaftspraktiker durch entsprechende Einstellung seiner Dispositionen aus dieser Voraussetzung des Kommenden größten Nutzen ziehen. Darüber hinaus wird eine solche zweckentsprechende Einstellung der Wirtschaftspraxis auf die Gestaltung der Konjunkturen im Sinne der Abschwächung ihres Wellenausmaßes unter Umständen weitgehenden Einfluß haben. Die physikalischen Faktoren, die das Wetter bestimmen, fragen nichts nach zutreffenden oder unzutreffenden Prognosen. Sie bleiben davon unberührt. Die psychischen Faktoren, die das Wirtschaftswetter maßgeblich beeinflussen, werden dagegen selbst wieder durch eine Prognose modifiziert werden. Hier liegt die oben bereits erwähnte Nahtstelle von Konjunkturausschaltung und Konjunkturadaptation.

Weiterdienstleistungen solcher Art sind nun im Verlauf der letzten Jahre in den Hauptwirtschaftsländern ins Leben gerufen worden. Den Anfang hat Amerika gemacht, wo — auf früheren Versuchen fußend — im Jahre 1919 eine Kommission für Wirtschaftsforschung an der Harvard-Universität in Tätigkeit trat. England, Frankreich, Schweden, Rußland und Italien, neuerdings auch Österreich, Ungarn und Polen sind gefolgt. In Deutschland ist im vergangenen Jahre das Institut für Konjunkturforschung in Berlin gegründet worden; eine weitere Forschungsstelle ist kürzlich in Frankfurt a. M. ins Leben gerufen worden.

Welche Bedeutung und welche Grenzen kommen diesem im Entstehen begriffenen ökonomischen Wetterdienst zu? Bei der kann entwirrbaren Vielfältigkeit der das Wirtschaftsleben bestimmenden ursächlichen Faktoren muß von vornherein gar zu überhöhten Erwartungen vorgebeugt werden. Man vergegenwärtige sich allein die Einbruchsmöglichkeiten in den Gang der Wirtschaft von der politischen Seite aus, von der Seite unvorhersehbarer Naturkatastrophen oder das Wirtschaftsbild ändernder, neuartiger Erfindungen, Moden u. dgl. mehr, um zu erkennen, daß jede Voraussage auch im besten Falle stets nur mit dem Zusatz: "sofern nichts Unerwartetes hinzutritt", möglich ist. Zudem ist die Frage der periodischen Zeitdauer eines Konjunkturzyklus ein noch völlig ungeklärtes Gebiet. Somit lassen sich zeitlich irgendwie befristete Angaben über die Konjunkturdauer überhaupt nicht machen. Zudem liegt es im Bereich der Möglichkeit — und die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre in Amerika scheint das zu bestätigen —, daß infolge eines immer bewährteren aktiven Eingreifens in den Verlauf der Konjunktur von der Produktionsseite oder durch zweckentsprechende Kreditpolitik von der Zirkulationsseite aus der Wellenrhythmus abgeschwächt und damit mehr und mehr ausgeschaltet wird. Mit dem Zurücktreten oder gar völligen Verschwinden allgemeiner zyklischer Erscheinungen aber ist die Möglichkeit von Wirtschaftsprognosen zwar nicht aufgehoben, aber wesentlich eingeschränkt.

Wenn darum der vorausschauenden Tätigkeit gewisse Grenzen gezogen sind, und um so enger, je mehr der Weg der Konjunkturausschaltung an praktischer Bedeutung zunimmt, so darf nicht vergessen werden, daß damit die Aufgabe der Konjunkturanstalten keineswegs erschöpft ist. Der von uns neben der Konjunkturadaptation genannte Weg der Konjunkturausschaltung, der durch frühzeitigen, vorausschauenden Eingriff, sei es seitens des Staates, der Zentralbank oder der Wirtschaftsverbände, es zu einem Konjunkturausgleich erst gar nicht kommen läßt, baut sich ja erst auf den Forschungsergebnissen dieser Institute auf. Zudem ist zu bedenken, daß zwar die allgemeinen Schwankungsercheinungen allein durch zweckentsprechende Kreditpolitik abgedämmt werden können, niemals aber, weil meist anders bedingt, Schwankungen in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft. In durchaus richtiger Erkenntnis dieser Sachlage verlegt darum auch das Berliner Institut für Konjunkturforschung, dessen drittes Vierteljahrsheft kürzlich erschienen ist, seinen Schwerpunkt mehr in die Aufstellung einer konkreten Wirtschaftsanalyse der verschiedenen Branchen und der verschiedenen Territorien der Volks- und Weltwirtschaft (Konjunkturdiagnose) als in die Aufstellung allgemeiner Konjunkturprognosen. Auf diese Weise wird über die wichtigsten Produktionszweige der Wirtschaft, so der Maschinen- und der Textilindustrie, der Holz- und der Bauwirtschaft u. a. m., wertvolles detailliertes Material zusammengetragen, auf Grund dessen die Praxis imstande ist, die ihren speziellen Wirtschaftszweig berührenden Schwankungen, seien sie nun allgemein konjunktureller Art, durch Saisoninflüsse oder durch die Spezialkonjunktur des jeweiligen Industriezweiges bedingt, kennenzulernen. Auf Grund dieser Analysen wird die einzelne Unternehmung instand gesetzt, sich über die Erfolgsfaktoren, die im jeweiligen Augenblick unabhängig von der eigenen Leistung ihn tragend oder hemmend beeinflussen, ein klares Bild zu machen und auf Grund eigener betrieblicher Spezialbarometer individuelle Konjunkturpolitik im Sinne der Anpassung oder Ausschaltung von Schwankungsmomenten zu betreiben. In Amerika wird von dieser Möglichkeit weitgehend Gebrauch gemacht.

Diese Erforschung der Schwankungen in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft, ergänzt durch Forschungen regionaler Art, die das Aufkommen und die Auswirkungsweisen der Konjunkturen in territorialer Hinsicht, vor allem auch in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten der Volks- und Weltwirtschaft untersucht, wird neben der Aufhellung über die Konjunkturdominanten (Effekten-, Geldmarkt, Großhandelspreisbewegung) auch Licht in das bisher wenig erforschte Gebiet der sekundären Reihen (Löhne, Lebenshaltungskosten, Kleinhandelspreise) bringen und zeigen, wieweit sie in Wechselwirkung zur Wellenbewegung der Wirtschaft stehen.

Konjunkturforschung ist so nichts anderes als der Prozess fortwährender Bewußtwerdens der Wirtschaft, und hierin liegt ihr letzter Sinn und ihre Bedeutung, die wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, um durch bewußten Eingriff den bisher an allen Ecken und Enden klaffenden Wirtschaftsmechanismus zu einem zweckvoll funktionierenden Ganzen zu gestalten.

### Unsere Verbandsschule.

#### Lehrgang für Angestellte.

Die Lehrgänge für Angestellte haben mit dem Kursus in Bielefeld ihren Abschluß gefunden. Da dürfte es angebracht sein, daß ein Teilnehmer des letzten Kurzes seine Eindrücke niederschreibt.

Der Gesamteindruck des Kurzes kann wohl in den Worten zusammengefaßt werden: "Die Tage von Bielefeld werden allen Teilnehmern ohne Ausnahme unvergesslich bleiben." Mancher der Hörer hat schon mehrmals vor dem Lehrpult einer Arbeiterschule gelesen, aber alle werden mit dem Bewußtsein von Bielefeld gehen, daß ihnen eine erdrückende Fülle von Stoff vermittelt wurde, der der Arbeiterschaft noch mehr Nutzen bringen wird, als das früher Erlernte.

Das Lehrerkollegium lehnt einen Dank ab. Wohl haben sie als Funktionäre unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllt, wir Angestellten erkennen aber in ihrem Wirken mehr als Pflicht. Mit großer Ausopferung haben sie uns geholfen, unser Können zu verbessern und zu ergänzen. Für die mühevollen, aufreibenden Tätigkeit sind wir unseren lebenden Kollegen zu großem Dank verpflichtet, trotzdem sie ihn ablehnen.

Durch eigene Erfahrung können wir jetzt recht ermessen, wie unendlich wichtig es ist, daß der Arbeiter Schulung sucht; denn davon hängt die Zukunft der freien Arbeiterbewegung ab. Wir als Angestellte haben die Möglichkeit auf die Kollegen und Kolleginnen im Betriebe einzuwirken, daß sie sich befehligen, ihr Wissen zu erweitern, denn in der Zukunft wird der bekannte Spruch "Wissen ist Macht" immer mehr Bedeutung gewinnen.

Eine Erweiterung der Lernmöglichkeit muß erfolgen. Die Betriebsräte müssen systematisch geschult, der Nachwuchs für die angestellten Funktionäre muß herangebildet werden. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß wir mit unseren besten Kräften, die uns jetzt unterrichten, nicht Raubbau treiben dürfen. Abgewirtschaftet ist bald, eine erste Kraft aber nicht gleich wieder ersetzt. Wenn die lebenden Kollegen neben der aufreibenden Lehrtätigkeit ihre Resportarbeiten erledigen, werden wir erleben, was schon gesagt wurde. Auch das Pflichtgefühl muß eine Grenze haben. Es müssen Mittel und Wege gesucht werden, die bei Verbindung zwischen praktischer gewerkschaftlicher Befähigung und Lehrtätigkeit doch eine Schonung der Kräfte ermöglicht, damit wir diese Kollegen nicht frühzeitig wegen Aufreißung einbüßen. Wir brauchen sie.

Können wir nun mit der Lehrmethode zufrieden sein? Wie wirkte die Methode auf uns Hörer ein? Es kommt beim Lehren darauf an, daß eine innige geistige Verbindung während des Vortrages zwischen Lehrer und Hörer erzielt wird. Die Logik der Worte muß auf den Hörer so einwirken, daß durch die erzielte Aufmerksamkeit der gewollte Eindruck im Gehirn zurückbleibt. Wer schon Gelegenheit hatte, an einer staatlichen oder sonstigen Hochschule als "Laienlehrer" an einem Lehrgang teilzunehmen, findet bei Unterchied sofort. Während hier rein schematisch unterrichtet wird, nach den Lehrbüchern die zum Fach gehören, ist die Lehrmethode unserer Lehrer rein persönlich. Die eigenen Erfahrungen, die eigenen Überzeugungen, verbunden mit der Wissenschaft, werden mit Hingebung und Wärme vorgetragen, wie nur der es kann, der erlebt hat, und immer wieder neu erlebt, was er lehrt. Das haben wir in Bielefeld gefunden und empfunden, deshalb ist diese Methode als gut zu bezeichnen.

Die Auswahl des Stoffes ist auf das Wichtigste beschränkt: Geschichte und Theorie der Gewerkschaften (Karl Thiemig), Betriebsrätegesetz und Arbeitsrecht (Otto Adler), Arbeitsvertrag nach C.D. und W.D., Verfolgung der Rechtsansprüche sowie Sozialversicherung (Karl Schmidt), Einführung in die Volkswirtschaft (Sebastian Prall), Verwaltung und Kassenwesen (Karl Köhler). Was ist davon als das Wichtigste zu bezeichnen? Eins ist so wichtig wie das andere. Kein Thema kann ausgebeug werden, es ist das wichtigste Rüstzeug der Funktionäre. Weiterer Ausbau des Lehrplanes zu gegebener Zeit für Fortgeschrittene ist eine Notwendigkeit!

Wardie Aufnahme ermöglicht für einen im Denken und Hören geschulten Funktionär gegeben? Die Subjektivität kann bei dieser Frage nicht unbeachtet bleiben. Häufig wurde aber zum Ausdruck gebracht, daß der gegebene Stoff für die kurze Zeit des Kurzes zu viel sei. Auf den Schreiber dieses hat der Andrang der Darlegungen tatsächlich oft erdrückend eingewirkt. Die einströmenden Gedanken fanden empfindungsgemäß keinen Platz mehr im Gehirn, bis durch verstärkte Energie, die eigene Mahnung, herbeigerufen durch das Unterbewußtsein "Du mußt folgen", ein neuer Anstoß zum Weiterdenken gegeben war. Dieselben Empfindungen hatte ich beim Lesen eines schwierigen Buches, wie Marx "Ökonomische Lehren", oder den "Anti-Dühring". Wie oft legte ich in früherer Zeit die Bücher aus der Hand mit dem Gedanken: Du begreifst es doch nicht! Zwecklos war das zunächst unverständliche Lesen aber nicht gewesen, denn nach geraumer Zeit tauchten unbewußt Gedanken über das Gelesene auf, die mich veranlaßten, wieder zu den für mich schwer verständlichen Werken zu greifen. Eine ähnliche Wirkung wird zweifellos auch nach diesen Lehreinwirkungen eintreten. Es ist unmöglich, daß alle Erwähnungen sich sofort geistig verwertbar ins Gehirn einprägen. Die nächste Aufgabe wird es deshalb sein, den Lehrstoff auf größere Zeiträume zu verteilen. Zunächst ist aber sicher erzielt, daß der angestellte Funktionär einen nachdrücklichen Hinweis erhalten hat, wo er beim Vorkommen von Rechtsfragen hinzusehen hat. In gewerkschaftlicher und wirtschaftspolitischer Hinsicht ist den Hörern der zielichere Weg vorgezeichnet worden, den die moderne Arbeiterbewegung geht.

Nicht vergessen werden wir aber auch die vorzügliche Führung, die uns die Zahlstellenleitung Bielefeld und die Bielefelder Kollegen in bezug auf Unterbringung, Verpflegung und anderes, angebeihen ließen. Besten Dank! Storch (Wiesdorf).

# Das Wirtschaftsjahr 1926 in Großbritannien.

Die Gesamtzahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen, die zur Meldung bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen verpflichtet sind, stieg von 11 892 000 im Juli 1925 auf 12 041 000 im Juli 1926. Die Zunahme betrug 149 000 oder 1,3 Prozent. Bei den männlichen Personen ergab sich eine Vermehrung um 128 400 oder 1,4 Prozent, bei den weiblichen um 22 600 oder 0,6 Prozent. In der Zunahme der Zahl der Versicherten kommt die Besserung der Wirtschaftslage in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 und in den ersten vier Monaten des Jahres 1926 zum Ausdruck.

In den Industriezweigen, die uns hier besonders interessieren, war die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen, die der Zahl der unfähigkeitsfähig Erwerbstätigen entspricht, im Juli 1926 wie folgt:

	Männl.	Weibl.	Zusammen
Grobkeramindustrie	75 280	7 880	82 910
Feinkeramindustrie	35 220	38 580	73 810
Glasflaschenindustrie	13 910	2 100	18 010
Sonstige Glasindustrie	21 320	5 270	26 590
Chemische Industrie	72 880	21 850	94 730
Sprengstoffindustrie	12 320	8 070	20 390
Farbenfabrikation	13 450	3 900	17 350
Die, Fette usw.	58 550	20 850	79 400
Papierfabrikation	40 780	15 190	55 970
Gummiindustrie	34 780	25 540	60 300
Spielwarenindustrie	5 970	5 390	11 360

Eine erhebliche Zunahme der Versicherten weist gegenüber dem Vorjahr nur die Grobkeramindustrie (1926 = 82 910, 1925 = 78 510) auf; in der Feinkeramindustrie, der sonstigen Glasindustrie, der Sprengstoffindustrie, der Farbenfabrikation, der Papierfabrikation, der Gummiindustrie und der Spielwarenindustrie war die Zunahme geringfügig. In den übrigen Industriezweigen ergab sich eine Verminderung der Versichertenanzahl, die in der chemischen Industrie am beträchtlichsten war (1926 = 96 900, 1925 = 94 580).

Von allen der Arbeitslosenversicherung unterstehenden Personen waren im Jahresdurchschnitt 1926 11,9 Prozent arbeitslos, gegen 10,4 Prozent 1925. Bei den Gewerkschaften, die an das Arbeitsministerium berichten, war der durchschnittliche Arbeitslosenstand 1925 10,5 Prozent und 1926 12,2 Prozent. Die Erhöhung der Arbeitslosenziffern trat erst ab Mai 1926 ein; sie wird amtlich als Folge des Generalstreiks und später des Brennstoffmangels bezeichnet, den der Kohlenbergarbeiterstreik veranlaßt hatte. Am Schlusse des Jahres war die Arbeitsmarktlage in den meisten wichtigen Industrien unbefriedigend.

In den obengenannten Industrien gestaltete sich die Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 wie folgt. Von den versicherten Personen waren am Monatsende arbeitslos:

	März	Juni	Sept.	Dez.
Grobkeramindustrie	5,9	8,0	9,0	7,9
Feinkeramindustrie	6,8	8,2	9,5	5,9
Glasflaschenindustrie	13,5	15,3	16,9	16,2
Sonstige Glasindustrie	7,7	9,5	8,0	9,1
Chemische Industrie	7,1	8,2	8,0	7,1
Sprengstoffindustrie	7,8	10,9	10,5	8,1
Farbenfabrikation	4,9	5,8	5,0	5,0
Die, Fette usw.	6,2	6,4	6,2	6,3
Papierfabrikation	5,7	4,2	3,8	1,4
Gummiindustrie	6,8	8,1	7,9	7,9
Spielzeugfabrikation	6,3	6,6	6,8	5,7

Die Arbeitslosenziffern waren im Sommer und Herbst am höchsten; gegen Jahreschluß ergab sich zumeist, jedoch nicht allgemein, eine geringe Besserung.

In den vollständig arbeitslos gekommen noch Kurzarbeiter, deren Zahl Ende Dezember in der Feinkeramindustrie 13,7 Prozent, in der Glasflaschenindustrie 6,9 Prozent, in der Grobkeramindustrie 3,3 Prozent, in der sonstigen Glasindustrie 2,3 Prozent der Versicherten gleichkam; in den übrigen vorstehend angeführten Industrien waren Ende Dezember weniger als 2 Prozent Kurzarbeiter vorhanden.

Die Zahl der Arbeitskämpfe war 1926 außerordentlich gering, doch war die Beteiligung und der Verlust an Arbeitstagen wegen des Generalstreiks und der Streiks der Kohlenbergleute sehr groß. Nachstehende Zahlen geben einen Überblick:

	Zahl d. Streiks mit Versparungen	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeits-tage
Generalstreik	1	1 580 000	15 000 000
Kohlenbergbau	58	1 098 400	146 992 000
Keram- und Glasindustrie	5	2 600	43 000
Chemische Industrie	3	300	1 000
Papierindustrie usw.	1	1 400	42 000
Überhaupt 1926	313	2 747 500	162 784 000
Überhaupt 1925	604	445 300	7 986 000

An kollektiven Lohn erhöhungen waren 1926 417 000 Arbeiter beteiligt, während 730 000 Arbeiter Lohnkürzungen erlitten. Das Reinergebnis dieser Lohnbewegungen war eine Erhöhung der Summe der Wochenlöhne der Beteiligten um 37 577 Pfund (ein Pfund = 20 Mk.). In der Keram-, Glas- und chemischen Industrie zusammengekommen hatten 4550 Arbeiter an kollektiven Lohn erhöhungen teil und 1000 Arbeiter erlitten Lohnkürzungen. Das Reinergebnis (Betrag der Erhöhungen abzüglich des Betrag der Kürzungen) war eine Steigerung der Wochenlohnsumme der Beteiligten um 690 Pfund. In der Papiererzeugung, Papierverarbeitung und Druckindustrie wurden die Löhne von 17 500 Arbeitern erhöht und von 50 Arbeitern vermindert; es ergab sich eine Lohnerhöhung um 2100 Pfund in der Woche. In der Papiererzeugung wurden die Stundenlöhne der unüberzahlten erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen der Tarifklasse III gemäß Entscheidung des Arbeitsgerichtes (Industrial Court) allgemein um 1/2 d der Männer, und 2/3 d der Frauen hinaufgesetzt.

Arbeitszeitverkürzungen erlangten im letzten Jahre nur 29 Arbeiter, wogegen die normale Arbeitszeit von 332 000 Arbeitern — meist Kohlenbergleuten — verlängert wurde.

Keram-, Glas-, Chemie- und Papierarbeiter waren an kollektiven Arbeitszeitänderungen nicht beteiligt.

Die Messziffer der Kosten der Lebenshaltung stand am 1. Januar 1926 und am 1. Januar 1927 um 75 Prozent über der 1914 erreichten Höhe. Die Messziffer sank bis zum 1. Mai 1926; dann stieg sie bis einschließlich November, um im Dezember wieder zu sinken.

## Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

### Die Ratifikation des Abkommens über den Achtstundentag in Frankreich.

Der französische Senat hat am 10. Februar das von der französischen Kammer bereits angenommene Gesetz zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch die französische Regierung mit 279 gegen 1 Stimme angenommen. Die Ratifikation tritt in Kraft, wenn das Abkommen von Deutschland und England ebenfalls ratifiziert ist. Aus rein formalen Gründen geht das Gesetz an die Kammer zurück, die ihrerseits noch die Zustimmung zu dem vom Senat eingefügten Vorbehalt betreffend England geben muß. Durch diese Ratifikation hat Frankreich als zweites Land die auf der Londoner Arbeitsministerkonferenz eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. In dem von dem Arbeitsministerkonferenz in London beteiligten Ländern das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit Anfang September 1926 bedingungslos ratifiziert hat.

## Frauenfragen.

### Die Arbeiterinnen und die Betriebsrätefragen.

Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre zeigt uns, daß das Interesse der weiblichen Arbeitnehmer an den Betriebsrätefragen im allgemeinen ebenso stark ist, wie bei den männlichen Arbeitnehmern. Die Wahlbereitschaft der weiblichen Arbeitnehmer blieb kaum hinter der der männlichen Kollegen zurück. Mit Verwunderung nimmt man aber wahr, daß die Zahl der weiblichen Betriebsräte, gegenüber der Zahl der männlichen Betriebsräte eine sehr geringe ist. Dieses Verhältnis hat sich im Laufe der Jahre nur sehr wenig verschoben. Selbst in den Industrien bzw. Betrieben, in denen die weibliche Arbeitskraft die vorherrschende ist, sind die Betriebe, die eine ausschließlich weibliche Betriebsvertretung haben oder mit weiblichen Betriebsräten durchsetzt sind, verhältnismäßig gering. Fast überall werden die weiblichen Interessen von männlichen Kollegen vertreten.

Daß die arbeitende Frau in letzter Zeit im Vergleich mit einer so geringen Zahl in den Betriebsvertreterkörpern vertreten ist, muß natürlich seine Ursachen haben. Einige dieser Ursachen seien hier aufgeführt.

Die Unkenntnis, daß auch die weiblichen Arbeitnehmer, ebenso wie die männlichen Arbeitnehmer, mit der Wollendung des 24. Lebensjahres die Wahlbarkeit zum Betriebsrat und zum Betriebsrat erhalten, ist sehr groß, und sie trägt viel zu der Schwachen Beteiligung der Betriebsvertreterkörper durch weibliche Vertreter mit bei.

Die Tatsache, daß die arbeitende Frau so wenig im Betriebsrat vertreten ist, wird auch sehr oft damit begründet, daß sie zur Annahme der Betriebsratsfunktionen sehr schwer zu bewegen sei. Dies mag zutreffen, aber auch die Abneigung zur Annahme der Betriebsratsfunktion bei den männlichen Kollegen ist groß. Der Beweis hierfür ist, daß Laufende von Betrieben ohne jegliche Betriebsvertretung sind. Natürlich spielt auch die politische und die gewerkschaftliche Indifferenz eine Rolle.

Ein anderer Grund, warum so wenig weibliche Arbeitnehmer zu Betriebsräten gewählt werden, soll der sein, daß sie den Aufgaben eines Betriebsrates nicht nachkommen können. Es mag richtig sein, daß in manchen Betrieben die weiblichen Betriebsräte verfaßt haben. Dies spricht aber noch keineswegs dafür, daß sich die Kolleginnen überhaupt nicht zu Betriebsräten eignen. Und gibt es nicht auch männliche Betriebsräte, die verfaßt haben? Soweit die Tätigkeitsbereiche der Verbände die Arbeit ihrer Betriebsräte erlauben, sprechen sie davon, daß die weiblichen Betriebsräte ihren Mann gehalten haben, und ihrem Wirken wird volle Anerkennung gezollt.

Ein wichtiges Moment, warum die weiblichen Arbeitnehmer bei der Listenaufstellung übergangen werden, ist in der rückständigen Denkart der männlichen Arbeitsspenden zu suchen. (Im Fabrikarbeiterverband kann man eine solche Beobachtung nicht machen, die Red.)

Das Betriebsrätegesetz schreibt zwar nicht vor, daß weibliche Arbeitnehmer im Betriebsrat vertreten sein müssen, aber es spricht davon, daß die verschiedenen Arbeitnehmergruppen nach dem Verhältnis ihrer Stärke im Betriebsrat vertreten sein sollen. Es ist durchaus wünschenswert, wenn man danach verfahren würde.

Es ist unbedingt notwendig, daß Frauen im Betriebsrat vertreten sind. In einem Betrieb, in dem weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, ist es geradezu unerlässlich, Sonderausweise, speziell weibliche Interessen zu vertreten, daß alle diese Aufgaben nur von einem weiblichen Betriebsrat wirklich erfüllt werden können. Nach dem nötigen Erfahrungsbewußtsein erlebte werden können. Auch das Vertrauen der weiblichen Arbeitnehmer zu dem weiblichen Betriebsrat ist ein viel größeres als zu dem männlichen Kollegen. Klagen, die bei einem männlichen Betriebsrat nicht angebracht werden würden, werden ohne weiteres zur Kenntnis des weiblichen Betriebsrats kommen. Zudem hat der weibliche Betriebsrat ein größeres Einfühlungsvermögen in die Schmerzen der Kolleginnen.

Hoffen wir, daß in diesem Jahre und in den folgenden die Zahl der weiblichen Betriebsräte zunimmt. So werden die weiblichen Arbeitnehmer mit der Handhabung der Waffe zur Besserung der Lage der Arbeiterchaft bzw. des weiblichen Geschlechts bekannt und vertraut. Und der Masse der weiblichen Arbeitnehmer erfließen die notwendigen Schützer und Wächter ihrer Rechte. Auch der Gewerkschaftsbewegung stehen dann die nötigen weiblichen Funktionäre.

## Internationale Arbeiterbewegung.

### Wie die Ausland-Delegationen an der Nase herumgeführt werden.

Die sogenannten Arbeiterdelegationen, die Sowjetrußland bereist haben, hatten den Mut zu behaupten, daß sie in den Sowjetgefangnissen überhaupt keine Sozialisten gesehen haben, oder, daß die Lage der verhafteten Sozialisten in den Gefängnissen glänzend, geradezu bewundernswert sei.

Die politischen Gefangenen des Charkower Gefängnisses haben sich vor kurzem an den Zentral-Räteauschuss der Ukraine mit einem Protest gegen die Gefängnisverwaltung gewandt, die sie während der Besichtigung des Gefängnisses durch die zweite deutsche Delegation gewaltsam außer Acht gelassen, aus dem Gefängnis entführt und sie in den Räumen der politischen Staatspolizei eingesperrt hat.

Es folgte eine genaue Darstellung des Sachverhalts, an die sich die Frage knüpfte:

Wir betrachten es als unsere politische Pflicht gegenüber den werktätigen Massen, an das Präsidium des Räteauschusses der Ukraine öffentlich die Frage zu richten: billigt es diese asiatischen Methoden und diese Art und Weise, die Erfolge des sozialistischen Aufbaus vor den westeuropäischen Arbeiterdelegationen zu demonstrieren? Oder sind diese Maßnahmen den brutalen, dienfertigen Karrieristen aus dem Gesamtstab der politischen Staatspolizei und der ferocilen Gefängnisverwaltung zu verbanken? Ja oder nein?

Dieser Protest wurde von 17 Vertretern der ukrainischen und anarchistischen Parteien, darunter auch von einem Führer der linken Sozialrevolutionäre, Wladimir Trufomski (Volkskommissar 1. J. 1918), unterzeichnet.

Die Antwort, die darauf erfolgte, war keineswegs unabweisend. Der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ist die Nachricht zugegangen, daß sämtliche Gefangenen, die den Protest unterzeichnet haben, die aber inzwischen ihre Gefängnisstrafe verbüßt haben und bereits in die Verbannung abtransportiert werden sollten, plötzlich nach Moskau, in das Gefängnis der politischen Staatspolizei gebracht worden sind und daß gegen sie eine neue Anklage wegen konterrevolutionären Vorgehens erhoben worden ist.

## Wirtschaftliches.

### Akkordarbeit in der Sowjetunion.

„Ökonomische Besprechung“ (Dezember 1926) bringt neue Angaben über die Anwendung des Akkordsystems in der russischen Industrie, die die Entwicklung des Systems und den heutigen Stand der Akkordarbeit beleuchten. Im Oktober 1924 wurden in der gesamten Industrie 45,3 Prozent, im September 1925 55,9 Prozent und im September 1926 61,5 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden in Akkord gearbeitet. Die Zahlen für die einzelnen Industriezweige sind für September 1926 folgende:

Textil- und Schneidergewerbe	78,5 %
Textilindustrie	68,3 %
darunter Baumwollindustrie	69,8 %
Wollindustrie	61,3 %
Leinenindustrie	68,8 %
Fachsindustrie	61,4 %
Metallindustrie	67,9 %
Erzgewinnung	65,7 %
Lederindustrie	63,8 %
Chemische Industrie	62,9 %
Porzellanindustrie	59,6 %
Salzgewinnung	59,4 %
Kohlengewinnung	58,9 %
Elektroindustrie	52,5 %
Holzindustrie	49,8 %
Nahrungsmittelindustrie	40,7 %
Graphisches Gewerbe	34,6 %
Papierindustrie	28,7 %
Raphthindustrie	20,0 %

Besonders kräftig war die Entwicklung in der chemischen Industrie und im graphischen Gewerbe, wo im Laufe von zwei Jahren der Prozentsatz der Akkordarbeit entsprechend von 16,1 auf 62,9 und von 12,0 auf 34,6 gestiegen ist.

### Wie günstige Zahlen über den Arbeitsmarkt zustande kommen.

In der Veröffentlichung über den Arbeitsmarkt der ersten Januarhälfte war zu lesen, daß in der Rheinprovinz die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger gesunken sei. Der Bericht des Landratsamts der Rheinprovinz klärt diese Frage folgendermaßen auf: Es ist von großer Bedeutung, die Bemerkungen, die zu diesem Absatzbezug geführt haben, zu kennen. Der Zugang an Hauptunterstützungsempfänger in der Zeit vom 15. 12. 1926 bis zum 15. 1. 1927 beträgt rund 78 700, deren Arbeitslosigkeit nach zum größten Teil aus der zweiten Dezemberhälfte stammt. Der Abgang beträgt 58 200, davon sind 13 800 wegen Fristablaufs aus der Unterstellung ausgeschieden worden. Es wurde also ein Abgang der Hauptunterstützungsempfänger in die Welt hinausgeworfen und damit der Glaube an eine Besserung der Wirtschaftslage erweckt. Jetzt wird bekannt, daß dieses Resultat lediglich durch das Ausschließen der Ausgesteuerten möglich war. Die Zahlen der Unterstüzungsempfänger erweisen sich zur Beurteilung des Arbeitsmarktes immer ungeeigneter.

## Rundschau.

### „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ und voraussetzungslose Wissenschaft.

Im „Proletarier“ Nr. 2 vom 8. Januar 1927 ist in dem Artikel: „Will die Arbeiterschaft Überstunden leisten?“ folgender Satz enthalten:

Die wirklich voraussetzungslose Wissenschaft hat längst nachgewiesen, daß eine kürzere Arbeitszeit nicht zum Nachteil der Wirtschaft sich auswirkt.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 5 vom 30. Januar 1927 wühelt über diesen Satz und nennt ihn einen „künstlichen“. Entweder der Schreiber hat nicht erfahrt, was das Wort „voraussetzungslos“ sagt, oder er stellt sich im Interesse der Unternehmer nur unwissend, oder voraussetzungslose Wissenschaft erscheint ihm lächerlich, vom Unternehmerstandpunkt aus. Jedenfalls wollen wir ihn belehren, was „voraussetzungslose Wissenschaft“ heißt, falls er es nicht weiß: Die Unternehmer verlangen von den Wissenschaftlern, daß sie ihre Wissenschaft in den Dienst des Kapitalismus stellen. Jede Untersuchung auf sozialem, wirtschaftlichem, politischem oder anderem Gebiete habe immer unter der Voraussetzung zu erfolgen, daß das kapitalistische System einwandfrei sei. Die Wissenschaftler haben stets die Interessen des Unternehmers, des Kapitalismus wahrzunehmen. Wer ohne diese Voraussetzung an die Untersuchung irgendwelcher Probleme herangeht, tut es voraussetzungslos. Begriffen?

## Verbandsnachrichten.

### Meldungen für den Frauenkursus in der Heimvolkshochschule Linz.

In der Zeit vom 1. August bis Weihnachten 1927 findet in der Heimvolkshochschule Linz ein Frauenkursus statt. Die hauptsächlichsten Lehrfächer sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie, Erziehungsfragen, Frauenfrage, Gewerkschaftswesen, Wohlfahrtswesen. Die Bewerberinnen sollen das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben und ledig sein. Letzteres wird deshalb gemindert, weil die Teilnehmerinnen in einem Internat untergebracht werden, das den Schülerinnen einige Beschränkungen in bezug auf Bequemlichkeit auferlegt.

Die Bewerbungen sind bis zum 20. März durch die zuständige Stellenverwaltung oder die Leitung beim Hauptortstand einzureichen. Die Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, Bildungsgang, Berufstätigkeit und bisherige Betätigung in der Arbeiterbewegung enthalten. Ferner ist ein Aufsatz über die Bedeutung einer gründlichen Bildung der Gewerkschaftsfunktionäre für die allgemeine Arbeiterbewegung beizufügen. Der Hauptortstand.

## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Allerhand Wissenswertes aus der Chemie.

Die J. G. Farbenindustrie, Ammoniakwerk Merseburg, errichtet bekanntlich einen Gipschacht, um den Rohstoff für die Schwefelsäurefabrikation in nächster Nähe zu erlangen. In diesem Zweck muß sie von den Landwirten Boden für die Eisenbahngleisanlage erwerben. Die Landwirte geben aber freiwillig ihre Rechte nicht preis. Deshalb hat das Ammoniakwerk ein 188 Morgen großes Landgut erworben, woraus die beteiligten Landwirte mit Grundbesitz entschädigt werden.

Wenn die Arbeiter des Ammoniakwerkes ihre Organisation intact gehalten hätten, würden sie ihre Rechte gegenüber der Werkleitung genau so gut wie die Landwirte wahren können.

Die Aktiengesellschaft vorm. H. Scheidemann, Berlin, hat durch Beschluß der Hauptversammlung eine Herabsetzung des Aktienkapitals von 25 auf 10 Millionen Mark durchgeführt. Das gestrichene Aktienkapital soll zur Deckung des im abgelaufenen Geschäftsjahr entstandenen Verlustes und zur Vornahme von Abschreibungen Verwendung finden.

Die Verwaltung hat in der Hauptversammlung mitgeteilt, daß sich die Lage in der Leimindustrie seit Herbst wesentlich gebessert hat, jedoch ist die Leistungsfähigkeit der Werke noch nicht voll ausgenutzt. Die ausländischen Betriebe befinden sich in guter Entwicklung, die Verbindlichkeiten und Unkosten sind rückgängig, so daß für das laufende Geschäftsjahr mit einem besseren Ergebnis zu rechnen ist.

Generaldirektor Salomon scheidet aus dem Vorstand aus und tritt als stellvertretender Vorsitzender in den Aufsichtsrat über. Herr Salomon ist also in die Wüste geschickt worden. Hoffen wir, daß sein Nachfolger Gnade vor den Augen der Verwaltung des Scheidemann-Konzerns findet.

Die Aktien der Chemischen Werke Lubjanski und Co., A.-G., in Berlin-Lichtenberg, waren in den letzten Monaten an der Berliner Börse gestiegen. Erst im Januar gelangten sie wieder zur Notiz. In den letzten Tagen haben sie eine starke Steigerung erfahren. Anfangs der zweiten Februarwoche wurden sie mit 62 Prozent notiert. Dabei ergab sich eine so starke Nachfrage, daß der Kurs am Freitag auf 75 Prozent anstieg und eine scharfe Rationalisierung in der Zuteilung erfolgen mußte. Die Firma stellt Metallpulver her. Die Kölner Firma Siegel und Co., ebenfalls eine chemische Fabrik, stellt die Mehrheit im Aufsichtsrat der Lubjanskiwerke. Da eine Sanierung der Lubjanskiwerke nicht zu umgehen sein wird, kann die sprunghafte Steigerung der Aktienkurse nur den Zweck haben, möglichst viel Lubjanski-Aktien in Privathände unterzubringen, damit die Sanierungskosten von den neuen Aktienbesitzern getragen werden.

Rhenania-Kunheim, Verein Chemischer Fabriken, A.-G., Berlin, hat seine Rationalisierungsmaßnahmen noch nicht restlos durchgeführt. Das laufende Geschäftsjahr steht noch unter dem Zeichen der Rationalisierung. Durch die angestrebte Konzentrierung der Betriebe wird eine Reihe von Werken stillgelegt werden. Die Bilanz von den Anlagewerten der stillzulegenden Werke soll durch außerordentliche Abschreibungen entlastet werden, was gegebenenfalls eine Reduzierung des Aktienkapitals zur Folge haben wird. Diese Maßnahme dürfte nur ein vorübergehendes Opfer der Aktionäre bedeuten, da die weitere Entwicklung der Gesellschaft nach erfolgter Reorganisation zuverlässig beurteilt wird.

Die Verwaltung hat vergessen mitzuteilen, daß auch für die arbeitslos werdenden Arbeiter ein größerer Aktienvorrat abgeschrieben werden soll, aus dem die Arbeitslosen entschädigt werden.

#### Ein neuer Linkruffa-Truß.

In Delmenhorst sind die „Anker-Linkruffa-Werke“ handelsgerichtlich eingetragen worden. Der neue Linkruffa-Truß ist eine neue Gesellschaft innerhalb des Linkruffa-Trußes. Die bisherigen Aufsichtsräte der Linkruffa-Fabriken werden sich sehr bald dem Diktat des Linkruffa-Trußes fügen müssen. Die Linkruffa-Verbraucher zahlen die Zehne. Können die Arbeiter ihre berechtigten Interessen gegenüber diesem Truß wahrnehmen oder haben sie vergessen, ihre Organisation auszubauen?

G. Haupt.

#### Die Kreissparkasse als Fabriksparkasse.

Durch Anschlag im Betriebe wurde der Belegschaft der Firma Wolff und Co., Pulverfabrik, in Bomlitz bei Walsrode, folgendes bekanntgegeben:

#### Fabriksparkasse.

Auf Grund des § 25 unserer Satzung und mit dem Einverständnis der Firma Wolff und Co. werden wir ab 1. Januar 1927 in Bomlitz eine Fabriksparkasse errichten. Unser Vertrauensmann wird Herr Heinrich Elling sein.

Wir wollen den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Firma und den übrigen Einwohnern in Bomlitz eine bequeme Gelegenheit geben, durch Gehalts- und Lohnabzüge und bare Eingahlungen zu Ersparnissen zu gelangen.

Herr Elling ist im Besitz von Quittungen der Sparkasse in Höhe von 1 bis 20 Mark, die nach einmaliger Vereinbarung den Geldbeträgen in der Lohnkassette beigelegt werden oder auf andere Weise erworben werden können.

Die auf diese Weise ersparten Beträge sollen zu einem verbilligten Satze dem Kreditbedürfnis der Werkangehörigen dienen.

Die Wahrung des Spargelheimnisses wird garantiert. Die Wiederverfügung des Sparer's über sein Guthaben kann durch den Vertrauensmann bei der Hauptstelle unserer Kasse oder bei dieser direkt erfolgen.

Der Mindestbetrag eines Gehalts- oder Lohnabzuges soll 1 Mark je Tag betragen. Die Einlagen werden vom Tage des Eingangs bei der Hauptstelle verzinst zu den jeweils üblichen Einlagezinsen der Kreissparkasse.

Wir fordern auf, sich zahlreich an der Fabriksparkasse zu beteiligen.

Wer bei der Fabriksparkasse spart, hilft seinen in Kreditnot befindlichen Kameraden.

Sparkasse des Kreises Fallingb. bei Walsrode.

Der Vorstand.

Bisher war es immer so, daß die Kreissparkassen nur in den Ortschaften des Kreises Zahlstellen der Kasse errichteten. Daß eine Kreissparkasse aber auch in Fabrikbetrieben Zahlstellen errichtet und offiziell diese Zahlstelle als Fabriksparkasse bezeichnet, war uns bisher noch nicht bekannt. In ihrem Vertrauensmann hat die Fabriksparkasse einen Angestellten der Firma Wolff u. Co. bestimmt. In den Büroräumen der Fabrik werden die Geschäfte dieser Kasse abgewickelt. Wer von den Arbeitern sparen will, geht zu Herrn Elling und vereinbart mit ihm, wieviel Sparmarken er jede Woche in seiner Lohnkassette haben möchte. Dadurch scheint der Fabrikleitung und auch der Leitung der Kreissparkasse das Spargelheimnis am besten garantiert zu sein. Die Firma wird recht bald erfahren, wer die Sparer sind und wieviel gespart wird, sie wird bald wissen, welche Summe jede Woche der Kreissparkasse als Spargelder der Arbeiter überwiesen werden kann.

Die ersparten Beträge sollen zu einem verbilligten Satze den kreditbedürftigen Werkangehörigen dienen. Dieses Versprechen wird schwerlich eingehalten werden können, denn auf die Arbeitskraft eines Arbeiters wird die Kreissparkasse einen Kredit nicht geben. Die Einrichtung soll nur ein Mittel mehr sein, um die im Betrieb der Firma Wolff beschäftigten Arbeiter voll und ganz von der Firma abhängig zu machen. Die Firma will in ihrem Betriebe die Betriebsfähigkeit herstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihr jedes Mittel recht. Daß aber eine staatliche Einrichtung, wie die Kreissparkasse, der Firma hierbei Hilfe leistet, ist unerhört. (Wie doch ein Bestäubungsblock als Regierung sich gleich auswirkt. Die Redaktion.)

Die Firma wird vielleicht auch gelegentlich versuchen, den Nachweis zu führen, daß die Löhne der Arbeiter ausreichend sind und keiner Erhöhung mehr bedürfen, denn in der Kreissparkasse werden von den sparbaren Arbeitern jede Woche so und sovieler Reichsmark gespart. Wir empfehlen der Arbeiterschaft der Firma Wolff und Co., keinerlei Spargelder in die angekündigte Fabriksparkasse zu zahlen.

#### Neue Menschenopfer der Pulver-Industrie.

Am 15. Februar explodierte in der Pulverfabrik Martin in Pirmasens eine Pulverpresse. Der Arbeiter Eidingen wurde hundert Meter von der Arbeitsstätte entfernt in völlig verkohltem Zustande tot aufgefunden. Der Arbeiter Bahr, der auch der Explosion zum Opfer fiel, wurde bisher noch nicht aufgefunden. Ein anderer Arbeiter wurde schwer verletzt. Die Ursache der Explosion ist nicht bekannt.

### Papier-Industrie

#### Zucht gelber Sumpfpflanzen.

#### Zum Kapitel Wohlfahrtsplage.

Der Waldhof-Konzern hat das Bedürfnis, gelbe Werkereine in seinen Betrieben großzuzüchten. Als Versuchssubjekt sollte die Arbeiterschaft der Papierfabrik Baienfurt dienen, der durch die Direktion die Satzungen zu einer „freiwilligen“ Arbeiterhilfskasse übermittelt wurden.

Nach diesen Satzungen ist jeder Arbeiter der Papierfabrik Baienfurt Mitglied der Hilfskasse. Mitglieder, die bei der Gründung der Kasse im Werke beschäftigt sind, haben nach Ablauf von 20 Tagen, alle später in das Werk eintretenden Arbeiter nach 90 Tagen Anspruch auf die satzungsgemäßen Leistungen der Kasse. Nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses erlischt die Mitgliedschaft, und damit erlöschen alle Rechte an der Kasse.

Die Papierfabrik Baienfurt überweist der Hilfskasse einen Vermögensstock von 6221,50 Mark.

Der regelmäßige Beitrag der Mitglieder beträgt pro Monat 1 Mark, denselben Betrag bezahlt die Papierfabrik Baienfurt pro Kopf der Belegschaft. Außerdem fließen dieser Hilfskasse zu die von der Firma erhobenen Strafgebühren, desgleichen die Zinsen und jährlichen Erträge des Kasernenvermögens.

Als Leistungen sollen die Arbeiter in Krankheitsfällen pro Tag 1 Mark erhalten, in Sterbefällen soll für das Mitglied der hundertfache und beim Sterbefall der Ehefrau der 75fache Monatsbeitrag zur Auszahlung gelangen. Krankenunterstützung soll vom ersten Tage bis zur Höchstdauer von einem Jahr gewährt werden, doch wird bei einer Krankheitsdauer von weniger als drei Tagen und für Sonn- und Feiertage keine Unterstützung gezahlt.

Die Verwaltung der Hilfskasse geschieht durch die Papierfabrik Baienfurt. Der Vorstand derselben setzt sich zusammen aus dem Vorstand der Fabrik, zwei Mitgliedern des Arbeiterausschusses und zwei Mitgliedern aus der Belegschaft.

Die Tätigkeit des Vorstandes besteht in der Handhabung der Satzungen, in der Erstattung eines Jahresberichtes und in der eigenmächtigen Erhöhung oder Verminderung der

Mitgliederbeiträge. Seine Entscheidungen sind in allen Fällen maßgebend.

Jedes Jahr soll eine Hauptversammlung stattfinden, die die Bilanz zu genehmigen hat. Gleichzeitig sollen Vorschläge der Papierfabrik Baienfurt, des Kasernenvorstandes und der Mitglieder der Hauptversammlung berichtet, und die von der Hauptversammlung bekundete Ansicht zu diesen Fragen protokolliert werden. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze kann nur mit Zustimmung der Hauptversammlung und gleichzeitig die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen werden.

Bei der Auflösung der Kasse soll eine Verteilung des Vermögens möglichst nicht stattfinden. Falls der Fabrikbetrieb für immer eingestellt wird, darf das Restvermögen durch die Papierfabrik Baienfurt auf die vorhandenen Mitglieder je nach dem Dienstalter verteilt werden.

Ein Rechtsanspruch steht den Mitgliedern gegen die Hilfskasse nicht zu. Die Kasse soll am 1. Februar 1927 in Kraft treten.

Soweit in kurzen Zügen der Entwurf einer Hilfskasse unterbreitet wurde, so ist der Entwurf einer Hilfskasse, die die Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaft gleich null. Ihre Ansicht kann ja nur gehört und protokolliert werden. Daß es sich bei diesem Entwurf um den Abkassieren einer alten Werkereine handelt, geht daraus hervor, daß der § 5 über die Verwaltung der Hilfskasse noch von zwei Mitgliedern des Arbeiterausschusses spricht, während heute über solche Fragen der Arbeiter- und Angestelltenrat, also in seiner Gesamtheit der Betriebsrat zuständig ist.

Die Arbeiterschaft der Papierfabrik Baienfurt hat diesen Vorschlag ihrer Direktion recht schnell durchschaut und ihn in einer Betriebsversammlung abgelehnt. Um aber die Hilfsbereitschaft und Opferfreudigkeit der Direktion der Papierfabrik Baienfurt und des Waldhof-Konzerns auf die Probe zu stellen, wurde in der Versammlung der Antrag eingebracht, daß die Betriebskassenkasse ihre Leistungen ohne Beitragserhöhung so ausbauen möge, daß die dazu notwendigen Zuschüsse die Höhe erreichen, die die Direktion bereit war, der Hilfskasse zu spenden. Dieser Antrag der Arbeiterschaft wurde von der Direktion abgelehnt, und dadurch der Beweis erbracht, daß es dem Waldhof-Konzern weniger darauf ankommt, die Not seiner Arbeiterschaft zu lindern, als vielmehr unter dem Deckmantel einer Hilfskasse einen gelben Werkerein großzuzüchten, um dadurch der Arbeiterschaft des Betriebes die Überflüssigkeit der Gewerkschaften und deren Unterstützungsanstalten zu bezugen.

Die Arbeiterschaft der Papierfabrik Baienfurt hat diesen Versuch ihrer Direktion glänzend abgewehrt und damit bewiesen, daß für gelbe Sumpfpflanzen in Baienfurt kein Boden ist.

Ähnliche Bestrebungen haben sich in den letzten Monaten auch im Kohlen-Konzern abgespielt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in den übrigen Betrieben des Waldhof-Konzerns und auch bei Firmen, die außerhalb dieses Konzerns stehen, der Versuch gemacht wird, gelbe Werkereine zu gründen. Die Papierarbeiterschaft wird deshalb gut tun, derartige Bestrebungen sofort im Keime zu ersticken und gleich von Anfang an auf derartige Experimente zu verzichten.

Nicht Geschenke und gelbe Wohltätigkeitspenden verlangen die deutschen Papierarbeiter, sondern anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zu deren Erwerbung sie auf Grund ihrer Arbeitsleistung ein volles Anrecht haben. Diese Tatsache mögen sich auch die Unternehmer vor Augen führen. Sie können sich dann ähnliche Niederlagen wie in Baienfurt im voraus ersparen.

G. Stähler.

#### Sonntagsarbeit in Papierfabriken.

Wiederholt waren wir in der letzten Zeit gezwungen, die Gewerbeinspektion zum Eingreifen aufzufordern oder Strafverfolgung bei der Staatsanwaltschaft zu erlangen, da in einigen Betrieben rücksichtslos die Papiermaschinen auch Sonntags im Betrieb gehalten wurden.

Nach der „Papierzeitung“ hat sich der Vorstand des Vereines Deutscher Papierfabrikanten mit dieser Frage gleichfalls befaßt und dahingehend entschieden, daß Sonntagsarbeit in Papierfabriken, die lediglich durch plötzlichen stärkeren Auftragseingang begründet werden kann, als wirtschaftlich unrentabel betrachtet werden muß. Mit Rücksicht auf die allgemeinen Auswirkungen, die auch Einzelfälle haben können, werden die Mitglieder des Vereines gebeten, sich in jedem einzelnen Falle genau zu überlegen, ob Sonntagsarbeit tatsächlich unbedingt gelöst werden muß.

Wir können diesen Beschluß der Papierfabrikanten nur begrüßen, da die Sonntagsruhe der Papierarbeiter zweifellos ebenso hoch steht, wie die der Unternehmer.

G. Stähler.

#### Ein gebildeter Saalmeister.

In der Zigarettenpapierfabrik von Schoeller und Soehne in Oerndorf in Baden regiert seit zirka einem Jahre ein Saalmeister Figner über die Papierarbeiterinnen und -arbeiter. Soziales Verständnis ersetzt dieser Herr durch einen Sonderdiktator, besonders den Arbeiterinnen gegenüber. Diese werden bei der geringsten Angelegenheit nicht nur angebrüllt, sondern mit Ausdrücken belegt, die teilweise auf das sexuelle Gebiet hinübergreifen und selbst in einem zoologischen Lexikon nur schwer zu finden sind.

Wenn wir recht im Bilde sind, war dieser Herr Saalmeister noch vor einigen Jahren als Kalandersührer und seine Gattin als Sortiererin in der Papierfabrik Redensfelden beschäftigt. Wir nehmen nicht an, daß Herr Figner nur aus reiner Neugier seine Frau in der Papierfabrik Arbeit nehmen ließ, sondern daß die einfache Tatsache, nach der ein Papierarbeiter infolge der Hungerlöhne in der Papierindustrie unfähig ist, seine Familie anständig zu ernähren, ihn dazu bewog, seine Frau der Unternehmerrückgrat auszuliefern, um als Arbeitskavaliere zum Lebensunterhalt beizutragen.

Man sollte nun annehmen, daß infolge dessen Herr Figner das elende Los der Papierarbeiterinnen aus eigener Erfahrung kennt und infolgedessen seine jetzt ihm unterstellten Arbeitskavaliere mindestens menschenwürdig behandelt.

Was würden Sie, Herr Figner, dazu gesagt haben, wenn Ihr ehemals vorgeleiteter Saalmeister in Redensfelden Ihre Gattin als „Schlampe“ als faules, drecksches Ding“ bezeichnet und mit Ausdrücken belegt hätte, die das Schamgefühl aus und verbietet widerzu-

geben? Sie würden bestimmt — damals noch weniger organisations-

fähig eingestellt — dem Unterzeichneten die Ohren mit den

zweifelslos berechtigten Klagen über die Behandlung durch den Saal-

meister vorgebracht haben.

Was würden Sie, Herr Figner, für Klagen erhoben haben, wenn Ihre früheren Vorgesetzten selbst bei den geringsten Versehen

Ihre Gattin mit Strafen bis zu 2 Mk. belegt hätten?

Herr Figner, wenn wir recht unterrichtet sind, dann sind Sie

Ausländer, und zwar Tschechoslowake. Das ist bestimmt keine

Hande. Wir kennen im Gegenteil viele sozialdenkende Aus-

länder — auch unter Ihren Landsleuten — und wir freuen uns

jedesmal von Herzen, diesen die Bruderschaft drücken zu können.

Über, Herr Figner, haben Sie nicht auch die Empfindung, daß

deutsche Papierarbeiterinnen mit Recht eine anständige Behandlung

auch von einem Ausländer verlangen können?

Weiter, Herr Figner, wissen Sie nicht, daß nach der Arbeits-

ordnung der Firma Schoeller und Hoersch in Vernsbach nur Strafen

bis zu höchstens einem Stundenlohn durch die Meister verhängt

werden können?

Ist Ihnen nicht bekannt, daß nach dem Gesamtarbeitsvertrag

für die deutsche Papiererzeugungsindustrie die Prämien einen festen

Bestandteil des Lohnes bilden, der weder gekürzt noch in Abzug

gebracht werden darf?

Wir werden Ihnen resp. der Firma Schoeller und Hoersch bei

der nächsten passenden Gelegenheit die Möglichkeit geben, sich

davon zu überzeugen, daß Strafzuzüge über die Bestimmungen der

Arbeitsordnung hinaus und Abzug oder Kürzung der Prämien

rechtfertigungsfähig sind und daß die Ihnen unterstellten Arbeiter

ein klares Recht auf diese Abzüge haben.

Herr Figner, sollten diese Abzüge etwa deshalb erfolgt sein,

weil Sie die deutsche Schriftsprache nicht beherrschen? Dann lassen

Sie sich bitte die Arbeitsordnung und den Gesamtarbeitsvertrag in

ihre Muttersprache übersetzen.

Der Firma Schoeller und Hoersch in Vernsbach aber empfehlen

der Stube wird Sommer wie Winter ununterbrochen geheizt, damit

die Ware schneller trocknet, die rings um den Herd auf Stangen und

Brettern steht. Um Ofen ist eine Vorrichtung angebracht, um

heißes Wasser zu halten; der aufsteigende Wasserdampf schlägt sich

in der kälteren Schale nieder und verwehrt dort die

natürliche Feuchtigkeit. Die Arbeitstube, zugleich Küche und

Wohnstube, wo sich die Kinder drängen und wo der Meister sein

Werk verrichtet, ist gewöhnlich dicht, ihre Fenster gehen auf die

Gasse; dagegen die Kammer ist selten unklar und noch seltener

ventilirt. Sie enthält gerade Raum genug für 2 oder 3 Betten

die so nahe beisammen liegen, daß zwischen ihnen kein Durchgang

frei bleibt; man steigt dann über wölft sich von einem Bett in das

andere. Nachts dient jedes Bett 2 Personen als Lagerstätte, oft

schlafen 3, nicht selten 4 Personen beisammen in einem Bett, 2 mit

dem Kopf nach aufwärts, und 2 nach abwärts. Man schauert

zurück vor dem Elend, das einem hier begegnet.

Die vornehmste Wohnung in Sonneberg mit 3 bis 6 Zimmern

und was dazu gehört, kostet vielleicht 600 Mark, aber die elendeste

Arbeiterwohnung mit nur einem bewohnbaren Räume ist nicht unter

60 bis 80 Mark zu bekommen. Für Stube und Kammer zahlt der

Arbeiter 80 bis 150 Mark. Bei 22 Arbeiterfamilien, deren

Wohnung ich genauer untersuchte, betrug die Miete im Durchschnitt

rund 100 Mark. Die Armlisten unter ihnen mußten überdies, weil

bei ihnen die Gefahr des "Nückens" besonders dringend schien,

die Miete wöchentlich voraus bezahlen.

Wie es in solchen Wohnungen um die Reinlichkeit bestellt ist,

läßt sich leicht denken. Unter der Woche wird nicht gekehrt, es

sammeln sich an den Werktagen die Abfälle bei der Arbeit / zu

statischen Häufen an, welche erst am Sonnabendnachmittag hinaus-

geräumt werden, wenn die Wäre in Schanzen gefast ist, um aufs

Komfort getragen zu werden. Dann wird alles Hausgerät geschwert

und der Fußboden aufgewaschen, aber selten erstreckt sich die

Reinigung bis auf die Schlafkammer, welche vielmehr in ihrem

gewöhnlichsmöglichen Schmutz bleibt. Wenn ich mit den Ge-

wissen, so müsse jeder einzelne Kollege, eingedenk seiner Pflicht

und Aufgabe, sein Möglichstes daran setzen, um dieses auch zu er-

reichen. Der Stand der verhaßten Erwerbslosenmarken sei wohl

der beste Gradmesser für die Arbeitslosigkeit, aber auch zwingende

Ursache, durch die Gefährlichkeit in den Gemerkstätten die uns so

strenge Not etwas lindern zu können. Als erfreulich sei zu be-

zeichnen die fast bis Weihnachten anhaltende Arbeitsmöglichkeit der

Ziegler. Der Kassenbericht zeige die in jedem vierten Quartal eigene

Struktur auf. Die Berichterstattung löste eine objektive, sachliche

Ausprache aus, welche zeigte, daß jeder einzelne Willens ist, mit-

zuarbeiten an dem so notwendigen Auf- und Ausbau unserer Jah-

stelle. Unter Punkt 2 wurde mit Ausnahme des Kollegen Eich-

mann, an dessen Stelle Kollege Link trat, die vorjährige Orts-

verwaltung wiedergewählt. Unter Allgemeines betonte Kollege Has-

linger die notwendige Tätigkeit der Franchisenehmungen und forberte

zu intensiver Mitarbeit auf. Nach Erledigung verschiedener in-

terner Angelegenheiten konnte Kollege Meuler die zwar stürmische,

aber doch harmonisch ausklingende Versammlung gegen 1 Uhr

schließen.

Gera-Hermsdorf. Am 6. Februar fand die Generalverfam-

lung der Bezirksstelle Gera-Hermsdorf statt, die von 69 Dele-

gationen besucht war. Der erste Bevollmächtigte, Kollege Gerhardt,

gedachte in seiner Eröffnungsrede der im Berichtsjahre verstorbenen

Mitglieder. Der Geschäftsbericht ging ausführlich auf den Ab-

schluß eines Lohn- und Tarifvertrages der Kalkindustrie ein. Ebenso

behandelte er die Lohnbewegungen in der Ziegel-, Zement- und

chemischen Industrie. Speziell das Werk Heinrichshall zeigt auf,

was die Arbeiter ohne Verband schaffen können. Die Arbeiter

haben sich in diesem Werke der schwersten Bedingungen unter-

ordnen müssen. Die Generaldirektion dieses Werkes hat geradezu

mit den Arbeitern Schindluder getrieben. Leider fand sie die Unter-

stützung von Elementen, die bewußt Arbeiterverrat treiben. So

ist Heinrichshall heute ein Betrieb, in dem sich die wirtschaftliche

Reaktion toll ausleben kann. Die im Betrieb befindlichen Stahl-

Arbeiterstände in der schwedischen Papier-Industrie.

In der Sulfat-Zellstoffabrik Wiikvarvs A.-B. zu Fager-

Konfessionskongern.

In der Nr. 8 des "Proletariats" ist in dem obiger

Verschiedene Industrien

Zur Geschichte der Spielwaren-Industrie.

III. Die Lage der Arbeiter während des Aufstieges.

In den beiden vorhergehenden Artikeln wurden drei Tat-

Das während der Entwicklungsperiode in dieser Industrie

Lassen wir hierzu Dr. Emanuel Sachs sprechen. In

Das ist die Lage der Dinge in der Spielwarenindustrie! So

Die folgenden Zitate werden uns zeigen, welche Verhält-

Die Ernährung der Spielwarenarbeiter hat Sachs in folgenden Sätzen festgehalten:

Sie besteht meist aus Kartoffeln, die in allen Gestalten auf

Dazu ist noch zu bemerken, daß bei der Spielwaren-

Arbeiterfamilie nach graufigere Verhältnisse wie von Sachs

S. Eiflein.

Literarisches.

Die Gemeinwirtschaft, Zeitschrift für den konstruktiven Sozia-

Die Gemeinwirtschaft" erscheint monatlich und ist zum Preis

Die auftragsche Gemeinwirtschaft" von Dr. Karl Valentin

Sartorius, Werbetechnik der Massenbewegungen". Preis

Epäherbstblüten, gereimte und ungerimte Lebensbilder von

Berichte aus den Zahlstellen.

Efen. Unter starker Teilnahme fand am 6. Februar 1927